



Infobrief *Flucht & Integration*

Editorial

Nr. 4 | Juli 2017

Liebe Leserinnen und Leser,



Foto: Bundesregierung / Bergmann

Bundeskanzlerin Angela Merkel, Ralph Dommermuth, Gründer der Initiative „Wir zusammen“, Flüchtlingskinder

auch wenn sich die 18. Legislaturperiode langsam dem Ende zuneigt, gibt es noch zahlreiche Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich Flucht und Integration:

- Das vom Bundesrat gebilligte Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht stellt die Weichen, damit Menschen, die unseres Schutzes nicht bedürfen, Deutschland zügig verlassen. Nachdem 2015 die Flüchtlingsaufnahme und 2016 die Integration im Vordergrund standen, stellt die Bundesregierung aktuell die Rückführung in den Fokus.
- Mit der Neufassung der Integrationskursverordnung soll der Beginn der Integrationskurse weiter beschleunigt werden.
- Die Bemühungen auf europäischer Ebene sollen in ein reformiertes Gemeinsames Europäisches Asylsystem münden, das effektiv und solidarisch zugleich ist.
- Im zentralen Mittelmeer ertrinken fast täglich Menschen bei dem Versuch, nach Europa überzusetzen. Um diese verheerende Situation in den Griff zu bekommen, gilt es, illegale Schleuser zu bekämpfen, Italien zu unterstützen und – unter anderem mithilfe von UNHCR und IOM – Libyen als wichtigem Transitland zu helfen.

Ohne die zahlreichen Aktivitäten der Zivilgesellschaft könnten die Herausforderungen hier in Deutschland nicht bewältigt werden, tausende Neubürger in unsere Gesellschaft zu integrieren. Ehrenamtliche und hauptamtliche Kräfte leisten nach wie vor Beachtliches. Beispiele aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Ausbildung, Gesellschaft und Sport zeigen dies.

Nicht zuletzt auch aufgrund dieses Engagements, aber auch durch Maßnahmen der Bundesregierung – genannt sei hier etwa das Integrationsgesetz – weisen viele Indikatoren in die richtige Richtung. So ist etwa die Zahl der Beschäftigten aus nichteuropäischen Asylherkunftsländern innerhalb eines Jahres um 50 Prozent auf knapp 200.000 gestiegen; über 140.000 von ihnen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Zahl der Unternehmen, die Flüchtlinge eingestellt haben, hat sich im Vergleich zu Anfang 2016 auf 22 Prozent mehr als verdreifacht. Und die Zahl der Integrationskursteilnehmer liegt etwa auf dem hohen Vorjahresniveau.

Das sind positive Entwicklungen, auch wenn noch viel zu tun ist, damit Deutschland und die Europäische Union beim Thema Migration und Integration weiter vorankommen.

Viel Spaß bei der Lektüre!
Ihr Infobrief-Team

Impressum

Herausgeber

Bundeskanzleramt,
Koordinierungsstab Flüchtlingspolitik
11012 Berlin
www.bundesregierung.de/integration
www.deutschland-kann-das.de

Integrationskurse weiter verbessert



Die Bundesregierung hat die Integrationskursverordnung angepasst, so dass noch mehr Migranten Integrationskurse erfolgreich und auch schneller nutzen können. Im ersten Halbjahr 2017 haben rund 142.000 Teilnehmer einen Integrationskurs begonnen.

Mit der Dritten Verordnung zur **Änderung der Integrationskursverordnung**, die am 25.06.2017 in Kraft getreten ist, hat die Bundesregierung neue Regelungen geschaffen:

Nunmehr kann das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) **Teilnehmer** konkreten Kursträgern mit passenden **Kursen zuweisen**, wenn sie nicht innerhalb von sechs Wochen nach der Anmeldung einen Kurs beginnen. Von diesen Möglichkeiten macht das BAMF derzeit schon in Modellregionen Gebrauch. Dort konnte die Zahl der Kursbeginne innerhalb von sechs Wochen nach der Anmeldung deutlich erhöht werden.

Außerdem können künftig zugelassene Kursträger in bestimmten Fällen im Wege des **Vergabeverfahrens** mit

der Durchführung von Integrationskursen beauftragt werden. Dies gilt insbesondere bei Kombinationsmaßnahmen aus Integrationskurs und arbeitsmarktpolitischer Maßnahme, um die einzelnen Teile besser aufeinander abzustimmen.

Eine neu eingeführte **Garantievergütung** für Kursträger in Regionen mit begrenztem Teilnehmerpotential schafft einen zusätzlichen Anreiz für Kursträger, ausreichend Kurse auch außerhalb von Ballungszentren anzubieten.

Eine weitere Änderung in der Integrationskursverordnung eröffnet die Möglichkeit, **Einstufungstests** für den Integrationskurs **zentral**, z.B. im Ankunftszentrum, durchzuführen. Diese ebenfalls in den Modellregionen erprobte Änderung trägt dazu bei, den Kursbeginn zu beschleunigen.

Schließlich wurde die Förderung der **kursbegleitenden Kinderbetreuung** erleichtert, um Teilnehmer mit kleinen Kindern den zeitnahen Besuch eines Integrationskurses zu ermöglichen, wenn kein Regelbetreuungsangebot zur Verfügung steht.

Integration und Rückkehr – zwei Seiten derselben Medaille

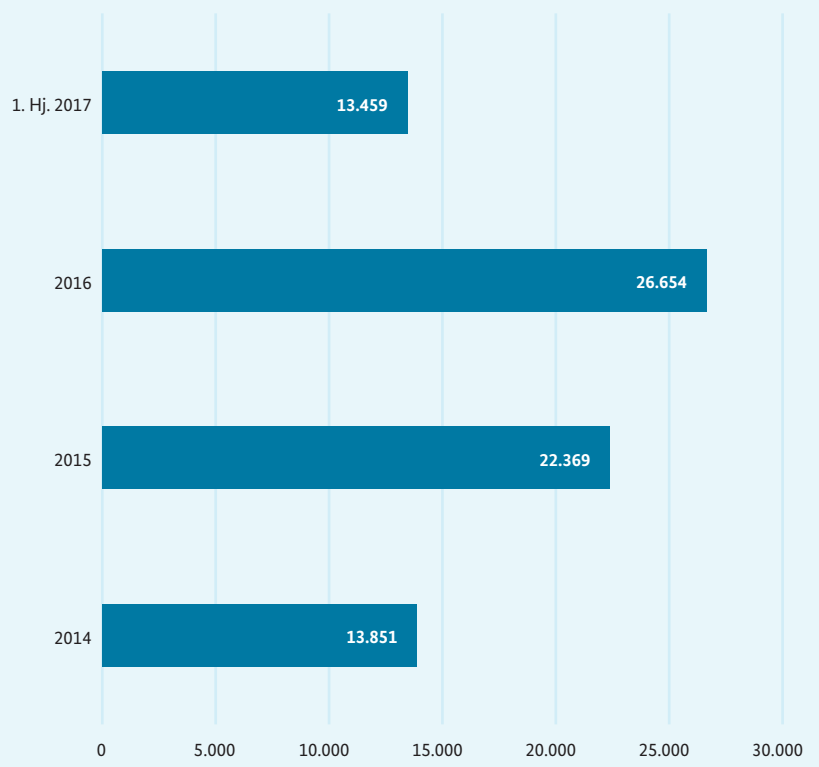
Die Zahl der Ausländer aus Nicht-EU-Staaten, die 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, war im Vergleich zu den Vorjahren sehr hoch. Doch nicht alle, die Schutz beantragt haben, sind auch schutzberechtigt. Sie müssen Deutschland wieder verlassen – ebenso wie alle anderen Ausländer, die kein Aufenthaltsrecht mehr haben oder nie hatten. Bei der Zuwanderung von Asylantragstellern und anderen Menschen sind zwei Seiten derselben Medaille zu berücksichtigen: Die Integration derer, die bleiben dürfen, und die Rückkehr derer, die nicht schutzberechtigt sind.

In beiden Bereichen wurde schon viel erreicht. Um beim Thema Rückkehr weitere Fortschritte zu erzielen, haben die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder im Februar 2017 einen Beschluss gefasst. Eine der Maßnahmen, auf die man sich verständigt hatte, ist das **Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht**, das der Bundesrat am 2. Juni 2017 gebilligt hat.

Ziel des Gesetzes ist vor allem, dass ausreisepflichtige Ausländer unser Land auch tatsächlich wieder verlassen. Das Gesetz enthält eine Vielzahl von Einzelregelungen, die Rückführungen in dem Fall erleichtern, dass ein Ausreisepflichtiger nicht freiwillig ausreist.

Unter anderem wurden die **Identitätsfeststellung erleichtert** und das **Untertauchen** vor einer Abschiebung

Ab- u. Zurückschiebungen 2014 – 2017
(Quelle: BMI; Stand: 30.06.2017)



erschwert. Daneben dient das Gesetz auch der **Erhöhung der Sicherheit** in Deutschland. Es enthält Regelungen zum Umgang mit ausreisepflichtigen Personen, von denen eine erhebliche Gefahr ausgeht. Im Einzelnen sieht das Gesetz u.a. folgende Neuerungen vor:

- **Erweiterung der Abschiebungshaft** für Ausreisepflichtige, von denen eine erhebliche Gefahr ausgeht.
- Erleichterung der Überwachung von Ausländern aus Gründen der inneren Sicherheit (sog. **elektronische Fußfessel**)
- Verlängerte **räumliche Beschränkung** für Geduldete, bei denen aus von ihnen zu vertretenden Gründen

aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können

- Verlängerung der zulässigen Höchstdauer des **Ausreisegewahrsams** auf zehn Tage
- Schaffung einer Rechtsgrundlage im Asylgesetz, mit der das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Identitäts- und Staatsangehörigkeitsfeststellung von Asylsuchenden **Daten aus Handys** herausverlangen und **auswerten** kann
- Gesetzliche Ermächtigung für die Länder, die Verpflichtung, in **Erstaufnahmeeinrichtungen** zu wohnen, verlängern zu können.

Bundeskanzlerin Merkel verleiht Nationalen Integrations- preis an Stadt Altena

Für vorbildliches Engagement bei der Integration von Flüchtlingen hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Rahmen einer Festveranstaltung am 17. Mai die Stadt Altena mit ihrem Leitbild „Vom Flüchtling zum Altenaer Mitbürger“ mit dem Nationalen Integrationspreis ausgezeichnet. Der Preis wurde 2017 erstmals verliehen.

„Wir wollen vorbildliches Engagement auszeichnen, und zwar nicht irgendwo im stillen Kämmerlein, sondern in aller Öffentlichkeit“, sagte Merkel bei der Preisverleihung. „Denn was vorbildlich ist, das sollte auch Vorbildwirkung entfalten und weithin Schule machen können.“

Bereits seit 2007 verzahnt die nordrhein-westfälische Stadt Altena mithilfe der Freiwilligenagentur „Stellwerk“ das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt mit den hauptamtlichen Strukturen in der Stadtverwaltung. Die vom Städte- und Gemeindebund für den Nationalen Integrationspreis nominierte Kommune hat rd. 17.300 Einwohner. Das „Stellwerk“ bildet das Kernstück der städtischen Integrationsarbeit. Oberstes Ziel ist es, Neubürgern bei



Nationaler
Integrationspreis

Mit dem Nationalen Integrationspreis der Bundeskanzlerin sollen Einzelpersonen, Personengruppen, Organisationen oder Kommunen ausgezeichnet und

gewürdigt werden, die sich in beispielgebender Weise um die Integration von Migranten verdient gemacht haben. Der Preisträger wird von einer ehrenamtlichen Jury aus fünf Fachleuten und Personen des öffentlichen Lebens ausgewählt. Vorsitzender der Jury ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Dr. h.c. Frank-J. Weise.

Außerdem gehören ihr die Integrationsforscherin Prof. Dr. Naika Foroutan, der Autor Ahmad Mansour, die ehemalige Oberbürgermeisterin von Frankfurt/M., Dr. h.c. Petra Roth und der Schauspieler Elyas M'Barek an.

Vorschlagsberechtigt sind 33 Institutionen aus allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, die Expertise auf dem Gebiet der Integration vorweisen können oder dort aktiv sind. Die Bundesregierung hat den Nationalen Integrationspreis mit der „Meseberger Erklärung zur Integration“ aus der Taufe gehoben, die bei der Klausur des Bundeskabinetts am 24./25. Mai 2016 im Gästehaus der Bundesregierung, Schloss Meseberg, beschlossen worden ist.



Foto: Bundesregierung/ Bergmann

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein

ihrer Ankunft in der fremden Kultur zu helfen und sie dauerhaft in die städtische Gemeinschaft zu integrieren.

Die Jury des Nationalen Integrationspreises hat die Stadt als Preisträgerin ausgesucht, weil sich diese „in beispielgebender Weise für die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft“ verdient mache. Durch die „optimale Vernetzung“ des im „Stellwerk“ gebündelten ehrenamtlichen Engagements mit den hauptamtlichen Kräften in der Verwaltung in Form eines Tandems sei ein Gemeinschaftsprojekt von Stadt und Bürgern entstanden, das einen optimalen Integrationserfolg erwarten lasse. „Hier zeigt sich eine Gesellschaft, die mit Vielfalt umgehen kann. Es ist einfach gute Arbeit“, sagte der Juryvorsitzende Weise bei der Festveranstaltung.

Bundeskanzlerin Merkel besucht die Berliner ReDI School for Digital Integration

Um sich ein Bild davon zu machen, wie eine rasche Arbeitsmarktintegration von IT-versierten Flüchtlingen gelingen kann, besuchte Bundeskanzlerin Angela Merkel die gemeinnützige Berliner „ReDI School“ for Digital Integration. Sie tauschte sich dort mit Studierenden, Lehrenden und beteiligten Unternehmen aus.

Die „ReDI School“ ist eine 2016 gegründete Programmierschule mit Sitz in Berlin. „ReDI“ steht für Readiness und Digital Integration (deutsch: Einsatzbereitschaft und Digitale Integration). Entwickler und Programmierer aus IT-Unternehmen bieten den technikinteressierten Geflüchteten ehrenamtlich Programmierunterricht. Von großer Bedeutung ist die Vernetzung der Kursteilnehmer mit Start-Ups und der Digitalwirtschaft.

Am Anfang stand ein zufälliges Gespräch in einer Flüchtlingsunterkunft im Sommer 2015. Anne Kjaer Riechert, Mitgründerin der „ReDi School“, traf dort auf einen jungen IT-versierten Iraker. Nach dem Gespräch entwickelte sich die Idee: Während auf der einen Seite die IT-Branche händierend Fachkräfte sucht, warten motivierte Flüchtlinge mit IT-Expertise auf die Chance eines Jobeinstiegs. Kjaer Riechert suchte daraufhin Unterstützer und gründete gemeinsam mit Partnern im Februar 2016 die „ReDI School of Digital Integration“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel informierte sich vor Ort über die Arbeit der Schule und die Erfahrungen der Studierenden, Lehrenden und Absolventen. Die ReDI School



Foto: Bundesregierung / Steins

sei ein Ort, in dem sich Menschen einbringen. Natürlich seien bei der Integration der Flüchtlinge Herausforderungen zu bewältigen. Es zeigten sich aber auch viele Fortschritte beim Bemühen, „dass diejenigen, die eine individuelle Bleibeperspektive haben, hier auch Fuß fassen“. Da Deutschland gerade im IT-Bereich jede Fachkraft brauche, seien hier „die Chancen natürlich auch besonders groß“.

Die ersten Klassen der ReDI School starteten mit 40 Studenten – mittlerweile sind es mehr als dreimal so viele. Die meisten kommen aus Syrien, aber auch aus Afghanistan, Eritrea oder Irak. Ein Kurs dauert in der Regel drei Monate. Nach erfolgreichem Abschluss erhält jeder Absolvent ein Zertifikat. Vor allem aber öffnen sich durch die geknüpften Kontakte wichtige Türen zu Unternehmen und potentiellen Arbeitgebern.

Einige Absolventen haben auch bereits ihr eigenes Start-Up gegründet – wie etwa „Bureaucrazy“. Diese kostenlose App soll Flüchtlingen und anderen neu ankommenden Menschen künftig den Weg durch die deutschen Behörden erleichtern.



Foto: Bundesregierung / Steins

1. FC Köln – Bundeskanzlerin Merkel informiert sich über vorbildliche Integrationsarbeit



Foto: Bundesregierung / Bergmann

Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit Bundesligaspielerin Tuğba Tekkal und jungen Flüchtlingen

Bei einem Besuch beim 1. FC Köln anlässlich des Heimspiels gegen Eintracht Frankfurt informierte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel über zwei Integrationsprojekte der Stiftung des 1. FC Köln. Außerdem würdigte sie die Arbeit der Flüchtlingsinitiative der Wirtschaft „Wir zusammen“, mit deren Logo der 1. FC Köln an dem Abend aufzief.

Die Stiftung 1. FC Köln bietet im Rahmen des Projekts „Integration durch Fußball“ ein wöchentliches Training für Kinder zwischen acht und 14 Jahren in Köln-Niehl an. Hierzu werden die Kinder einer nahegelegenen Flüchtlingsunterkunft eingeladen. Sie spielen gemeinsam mit Kindern des CFB Ford-Niehl, einem Partnerverein des 1. FC Köln. Die Kinder sind aktiv in das Vereinsgeschehen eingebunden. Einige von ihnen spielen inzwischen in den regulären Jugendmannschaften des Vereins. Sie trainieren dreimal wöchentlich und fahren an den Wochenenden zu den Spielen. So wurden zahlreiche neue Freundschaften geknüpft, die den Start in ein neues Leben in Köln vereinfacht haben.

Bei dem Projekt „Scoring Girls“ werden unter Leitung der Kölner Bundesligaspielerin Tuğba Tekkal wöchentlich

Mädchen aus Flüchtlingsfamilien und aus sozial schwachen deutschen Familien gemeinsam trainiert. „Es ist eine Pflicht für so einen großen Verein wie den 1. FC Köln, gesellschaftlich Verantwortung zu übernehmen“, hatte FC-Vizepräsident Markus Ritterbach im Herbst 2015 zum Start der Projekte festgestellt. Neben sportlichen Angeboten unterstützen der FC und die Stiftung 1. FC Köln Flüchtlinge durch Sachspenden.

„Ich konnte mich davon überzeugen, dass hier eine wunderbare Arbeit geleistet wird, die dazu führt, dass Flüchtlinge die Integration über den Sport schaffen“, sagte Merkel.

Initiative „Wir zusammen“

Viele Unternehmen haben nach der Ankunft tausender Flüchtlinge in Deutschland Integrationsprojekte ins Leben gerufen. „Wir zusammen“ ist ein Netzwerk der deutschen Wirtschaft aus knapp 200 Unternehmen. Auch der 1. FC Köln engagiert sich hier. Die Initiative bietet Unternehmen eine Plattform, auf der sie ihre Projekte vorstellen können, und will weitere Unternehmen inspirieren, Integrationsprojekte zu starten. Mehr Informationen: www.wir-zusammen.de

Integration durch Ausbildung: Hochmotiviert ins Handwerk

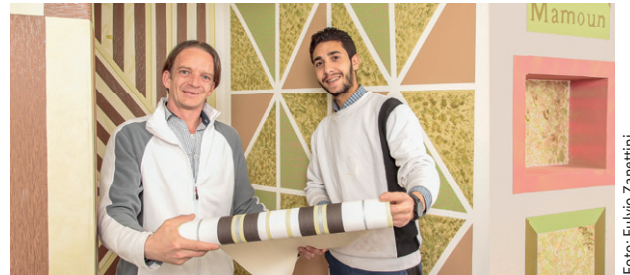
Mamoun Dabbour hat einen Wunschberuf: Maler und Lackierer. Der junge Mann wird im Programm „Berufsorientierung für Flüchtlinge“ (BOF) im Bildungszentrum der Kreishandwerkerschaft Duisburg auf die Ausbildung vorbereitet. Finanziert wird das Programm vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

„Eine Ausbildung zum Maler und Lackierer machen“ – Mamoun Dabbour weiß genau, was die nächsten Monate bringen sollen.

Derzeit erwirbt der 21-Jährige Syrer, der 2015 nach Deutschland kam, die Grundfertigkeiten, die man als Maler und Lackierer braucht. Die Teilnehmer des Programms „Berufsorientierung für Flüchtlinge“ lernen bis zu drei Handwerksberufe kennen, um sich dann für einen Ausbildungsberuf zu entscheiden.

Der erste Schritt dazu war für Mamoun Dabbour die Teilnahme an der Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit (BA) „Perspektive für junge Flüchtlinge im Handwerk (PerjuF-H)“. Dort machte er sich mit verschiedenen handwerklichen Berufsfeldern vertraut und bekam vermittelt, wie das deutsche Ausbildungssystem funktioniert. Nun ist der junge Syrer im BOF-Programm, das einen Zeitraum von 13 Wochen umfasst. Die letzten vier Wochen verbringen die Teilnehmer in einem Betrieb, wo sie ihre frisch-gewonnenen Erfahrungen direkt in der Praxis ausprobieren können. Parallel erfolgt fortlaufend und berufsbezogen die Verbesserung der Deutsch- und Mathematikkenntnisse.

Unterstützt werden die Teilnehmer durch zwei Sozialpädagogen. Diese begleiten bei Behördengängen, sind aber auch beim abendlichen Fußballspiel dabei. Das Bildungszentrum kooperiert mit mehreren Flüchtlingshilfsorganisationen in der Umgebung. Genauso eng ist die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und örtlichen Handwerksbetrieben. Nicht alle kennen die vielfältigen Möglichkeiten, die es neben dem Normalfall gibt, wie etwa die assistierte Ausbildung, eine Einstiegsqualifizierung oder den Weg über ein Praktikum. Wichtig sind nach Aussage von Geschäftsführer Dr. Frank Bruxmeier die neu eingerichteten „Integration Points“. „Die Teilnehmer werden bei uns auf den ersten Ausbildungsmarkt vorbereitet. Wenn uns



Mamoun Dabbour mit Ausbilder Claus Vanags

das gelingt, werden wir die Fachkräfte haben, die wir seit Jahren suchen“, ist er sich sicher. Dies könne aber dauern. Bruxmeier rechnet mit fünf bis sieben Jahren, um nachhaltig im deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Bislang haben elf junge Männer das Programm „Berufsorientierung für Flüchtlinge“ im Bildungszentrum der Kreishandwerkerschaft Duisburg abgeschlossen. Einige von ihnen absolvieren bereits eine Ausbildung im Handwerk, andere haben eine Ausbildungsstelle in Aussicht, während ein Teil der Absolventen in Umschulungen, Sprachkursen und anderen Projekten ist. 33 weitere junge Flüchtlinge sind gerade mittendrin. In vier BOF-Durchläufen gab es nur drei Abbrüche.

Berufsorientierung für Flüchtlinge

Das vom BMBF geförderte Programm „Berufsorientierung für Flüchtlinge“ (BOF) ist Teil der gemeinsamen Qualifizierungsinitiative „Wege in Ausbildung für Flüchtlinge“ des BMBF, der BA und des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH). In der BA-Maßnahme „Perspektive für junge Flüchtlinge im Handwerk (PerjuF-H)“ sammeln Geflüchtete in vier bis sechs Monaten zunächst erste Erfahrungen in Berufsfeldern des Handwerks und erhalten einen umfassenden Einblick in das Ausbildungssystem. Voraussetzung hierfür ist die Teilnahme an einem Integrationskurs oder einer anderen vergleichbaren schulischen Maßnahme. In der anschließenden BOF-Maßnahme lernen sie in 13 Wochen ein bis drei Wunschberufe vertieft kennen, um am Ende in Ausbildung oder eine Einstiegsqualifizierung vermittelt zu werden. Während der gesamten Zeit erhalten sie berufsbezogenen Deutschunterricht und werden sozialpädagogisch begleitet.

Breites Engagement älterer Menschen für Flüchtlinge

Zahlreiche Menschen engagieren sich ehrenamtlich für Flüchtlinge, darunter besonders auch viele ältere Menschen. Ebenso gibt es umgekehrt viele Beispiele, wo sich Flüchtlinge für ältere Menschen einsetzen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) wirkt seit Anfang 2016 am Programm „Menschen stärken Menschen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit. Damit wurden bereits 2016 mehr als 25.000 Patenschaften gefördert. Im Rahmen des Projekts „Alt für Jung-Patenschaften – Seniorenbüros unterstützen Geflüchtete“ wurden bisher über 540 Patenschaften für einzelne Personen, Familien oder Gruppen übernommen und finanziell wie fachlich unterstützt. Idee ist es, die Flüchtlinge von Anfang an eng zu begleiten und zu unterstützen und so die Integration in unsere Gesellschaft zu erleichtern. Die Begegnung der überwiegend älteren Aktiven mit Flüchtlingen unterschiedlichen Alters wird häufig von beiden Seiten als Gewinn wahrgenommen. Lebens- und Berufserfahrungen können in diesem Kontext besonders nützlich sein, zumal manche Ältere noch eigene oder familiäre Fluchterfahrungen haben und so die schwierige Situation der Ankommenden persönlich nachempfinden können.

Der **Senioren-Expertenservice (SES)** ist eine Entsendeorganisation für ehrenamtliche Fach- und Führungskräfte im Ruhestand. Seit 1983 gibt er weltweit Hilfe zur Selbsthilfe. Seit



Foto: Maria Fack

2015 engagieren sich viele seiner mehr als 12.000 Experten für Flüchtlinge und helfen bei der Integration in Schule, Ausbildung und Lebensalltag. Sie sind an allgemeinbildenden Schulen aktiv, bieten an berufsbildenden Schulen Integrationshilfe an, stehen jungen Flüchtlingen bei den ersten Schritten in der Ausbildung zur Seite und engagieren sich im Rahmen der Initiative VerA, deren Ziel es ist, Ausbildungsabbrüche zu verhindern.

Auch umgekehrt gibt es Initiativen, wo **Flüchtlinge Senioren helfen**, z.B. in Altersheimen. So engagiert sich etwa die Initiative „Flüchtlingsfrauen besuchen Bewohner des Pflegeheims“ in Köln-Kalk. Einmal in der Woche kommen einige Frauen, die aus dem Irak, aus Syrien oder einem afrikanischen Land geflüchtet sind, um mit den alten Menschen zu sprechen, zu singen, „Elfer raus“ zu spielen, einen kleinen Spaziergang zu machen oder

einfach nur die Hand zu halten. Da die meisten von ihnen selten oder nie Besuch erhalten, ist ihre Freude groß, wenn die Frauen aus den „fernen Ländern“ kommen und viel Leben und menschliche Wärme mitbringen.

Ein anderes Beispiel sind **drei syrische Flüchtlinge**, die sich in einem **Hofer Pflegeheim engagieren** (Foto). Sie helfen bei der Essensausgabe, versorgen die Heimbewohner mit und unterhalten die oft einsamen alten Menschen, etwa mit Spielerunden oder kleinen Ausflügen. So lernen sie nebenbei eine Menge über ihre neue Heimat Oberfranken. Das tun sie auch, um der neuen Heimat etwas zurückzugeben. „Deutschland tut sehr viel für Flüchtlinge“, sagt einer von ihnen, der inzwischen einen Bundesfreiwilligendienst leistet. Extra für solche Fälle hat das BMFSFJ den **Bundesfreiwilligendienst** um 10.000 Plätze aufgestockt.

Initiative kulturelle Integration – 15 Thesen zur Rolle der Kultur für das Zusammenleben

Die Initiative kulturelle Integration hat fünfzehn Thesen zur Rolle der Kultur für das Zusammenleben in Deutschland erarbeitet. Mitte Mai überreichten die Initiatoren das Thesenpapier Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die Initiative kulturelle Integration geht auf eine Idee des Deutschen Kulturrates zurück. Gründungsmitglieder sind zudem die Staatsministerin für Kultur und Medien, das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Neben den Initiatoren gehören der Initiative 23 weitere Mitglieder aus Gesellschaft, Religion, Wirtschaft, Medien und Politik an.

Die fünfzehn Thesen sind in einem gemeinsamen Arbeitsprozess dieser 28 Organisationen entwickelt worden, um einen Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und zur kulturellen Integration zu leisten. Einig sind sich die Mitglieder in der Erkenntnis, dass Kultur durch ihre Vermittlungskraft wesentlich zur Integration beiträgt.

Das Grundgesetz bildet den Ausgangspunkt der Thesen. Vor allem in den ersten zwanzig Artikeln gebe es die „unverrückbaren Prinzipien des Zusammenlebens“ in der Bundesrepublik Deutschland vor. Weil jedoch allein auf Basis von Gesetzestexten kein gesellschaftlicher Zusammenhalt erwächst, unterbreiten die Thesen Lösungsvorschläge, um beispielsweise verschiedene kulturelle Gepflogenheiten miteinander in Einklang zu bringen, Geschlechtergerechtigkeit zu gewährleisten und mit einer lebendigen Debatten- und Streitkultur zu einer starken Demokratie beizutragen. Darüber hinaus stehen Themen wie Religion, Kunstfreiheit, Einwanderungsgeschichte, Toleranz, parlamentarische Demokratie, bürgerschaftliches Engagement, Bildung, Sprache, Erinnerungskultur, Arbeit und kulturelle Vielfalt im Fokus.

Die Mitglieder der Initiative kulturelle Integration laden dazu ein, sich den vorgelegten Thesen anzuschließen, sie zu verbreiten und mit Leben zu erfüllen. Unter <http://kulturelle-integration.de/thesen> besteht eine Mitzeichnungsmöglichkeit.



Foto: Bundesregierung/Kugler

Bundeskanzlerin Angela Merkel u.a. mit Kulturstatsministerin Monika Grütters, Kulturrats-Präsident Christian Höppner und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (v.l.)

15 Thesen zur kulturellen Integration

- Das Grundgesetz als Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland muss gelebt werden.
- Das alltägliche Zusammenleben basiert auf kulturellen Gepflogenheiten.
- Geschlechtergerechtigkeit ist ein Eckpfeiler unseres Zusammenlebens.
- Religion gehört auch in den öffentlichen Raum.
- Die Kunst ist frei.
- Demokratische Debatten- und Streitkultur stärkt die Meinungsbildung in einer pluralistischen Gesellschaft.
- Einwanderung und Integration gehören zu unserer Geschichte.
- Die freiheitliche Demokratie verlangt Toleranz und Respekt.
- Die parlamentarische Demokratie lebt durch Engagement.
- Bürgerschaftliches Engagement ist gelebte Demokratie.
- Bildung schafft den Zugang zur Gesellschaft.
- Deutsche Sprache ist Schlüssel zur Teilhabe.
- Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist nie abgeschlossen.
- Erwerbsarbeit ist wichtig für Teilhabe, Identifikation und sozialen Zusammenhalt.
- Kulturelle Vielfalt ist eine Stärke.

Flucht und Migration: G20-Gipfel stellt wichtige Weichen



Foto: Bundesregierung / Gungör

Unter deutscher Präsidentschaft befasste sich der G20-Gipfel von Hamburg am 7./8. Juli auch mit dem Thema Flucht und Migration. In ihrem Abschluss-Kommuniqué „Eine vernetzte Welt gestalten“ betonten die Staats- und Regierungschefs der G20 gemeinsame, multilaterale Ansätze zu globalen Herausforderungen.

Sie bekannten sich zu einer stärkeren Abstimmung und Zusammenarbeit beim Thema **Flucht und Migration** und riefen dazu auf, die internationale Steuerung von Migration zu verbessern und zu diesem Zweck Instrumente und institutionelle Strukturen zu entwickeln. In diesem Zusammenhang hob die G20 die im Rahmen der Vereinten Nationen bis 2018 zu erarbeitenden „Global Compacts“ zu Flüchtlingen und zu sicherer, geordneter und regulärer Migration hervor. Sie beauftragte die OECD gemeinsam mit ILO, IOM und UNHCR zu einem jährlichen Monitoringbericht zu Flucht und Migration und deren ökonomischen Effekten.

Die G20 verabschiedete zudem ihre neue **Afrika-Partnerschaft**. Diese zielt darauf ab, nachhaltiges, inklusives

Wirtschaftswachstum und nachhaltige, inklusive Entwicklung zu fördern. Sie soll ferner dazu beitragen, vor allem für Frauen und Jugendliche menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, und so auch helfen, Armut und Ungleichheit als Ursachen von Migration anzugehen.

Die G20 stellte sowohl die wirtschaftlichen Vorteile sicherer, geordneter und regulärer Migration heraus als auch die **Herausforderungen**, die große **irreguläre Migrations- und Fluchtbewegungen** darstellen. Die Staatslenker betonten die Notwendigkeit, gemeinsam gegen Schleuserstrukturen vorzugehen. Sie hoben auch die Bedeutung einer sicheren und menschenwürdigen Rückführung und Wiedereingliederung derjenigen Migranten hervor, die kein Bleiberecht haben. Zugleich gelte es, die grundlegenden Ursachen von Vertreibung und Migration anzugehen. Dazu seien **Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern** besonders wichtig. Die G20 sprach sich dafür aus, Flüchtlingen möglichst nahe ihrer Heimatregion Schutz und Versorgung zu gewährleisten. Sie betonte die Bedeutung der Integration und verabschiedete hierfür Leitlinien.

EU-Gipfel: Eckpunkte für eine Reform des europäischen Asylsystems

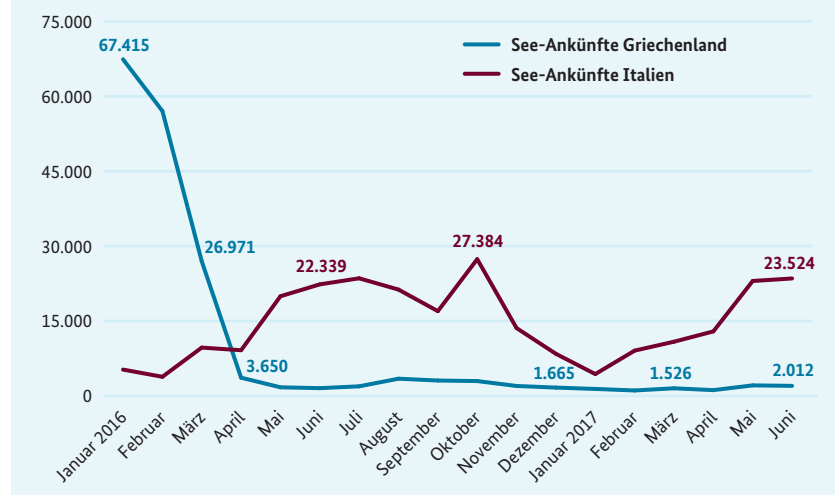
Die EU-Flüchtlingspolitik war am 22. und 23. Juni 2017 erneut ein Thema beim Europäischen Rat (ER). Neben einem besseren Schutz der EU-Außengrenzen haben die Staats- und Regierungschefs auch die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems einschließlich des sogenannten „Dublin-Systems“ beraten.

Es bestand Einigkeit, dass das **neue Asylsystem krisenfest** sein muss. Ziel müsse zudem ein ausgewogenes Verhältnis zwischen klaren Verantwortlichkeiten und solidarischer Unterstützung unter den Mitgliedsstaaten sein. Die EU-Spitzen beschlossen eine Reihe von Eckpunkten für die weiteren Verhandlungen der Reform.

Bei der anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron machte Bundeskanzlerin Angela Merkel deutlich, dass zur Soli-

See-Ankünfte Griechenland und Italien 2016/2017

(Quelle: UNHCR; Stand: 30.06.2017)



darität innerhalb der EU auch die Bereitschaft aller Mitgliedstaaten gehöre, sich an einer europaweiten Verteilung von Flüchtlingen zu beteiligen.

Der ER betonte zudem die besondere Dringlichkeit der **Situation im zentralen Mittelmeer**. Ein Kernziel sei es, das Geschäftsmodell der **kriminellen Schleuser** zu zerstören. Dabei ist **Libyen das wichtigste Transitland** illegaler Migration. Die dort bereits laufenden Bemühungen müssten weiter verstärkt und besser miteinander verzahnt werden. Wichtig sei dabei die schnelle **Unterstützung für die libysche Küstenwache**. Daneben müssten die Aufnahmebedingungen für Migranten in Libyen in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) verbessert werden. Schließlich be-

dürfe es der verstärkten **Kooperation mit den Nachbarstaaten** Libyens, um den Migrationsdruck zu lindern.

Die Situation im zentralen Mittelmeer war auch Gegenstand der **Beratungen der europäischen Innenminister** beim sogenannten informellen JI-Rat am 6. Juli 2017. Die Innenminister unterstützten den Aktionsplan der Europäischen Kommission vom 4. Juli 2017 zum zentralen Mittelmeer. Dieser sieht **konkrete Maßnahmen zur Unterstützung Italiens** und zur Reduzierung des Migrationsdrucks vor. Ebenfalls am 6. Juli 2017 verabschiedeten zahlreiche **EU-Außenminister** in einer Konferenz mit Transitstaaten der zentralen Mittelmeerroute in Rom eine gemeinsame Erklärung. Danach sollen beispielsweise die **Programme von UNHCR und IOM** zum Schutz von Migranten und Flüchtlingen in Transitländern **aufgestockt** werden.



Foto: Bundesregierung/Denzel